

die größte Einnahmesteigerung auf. Hier spiegelt sich die verbesserte Gewinnlage der Unternehmen, an die auch die Vorauszahlungen angepaßt wurden, wider.

Bei der besonders konjunktur reagiblen Lohnsteuer wirkte sich im ersten Halbjahr die Zunahme der Beschäftigten und der Mehrarbeit sowie die Lohn- und Gehaltserhöhungen in einem Mehraufkommen von 368 Mill. DM oder 23,9% gegenüber dem Vorjahr aus.

Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr war gekennzeichnet durch einen gegenüber dem Vorjahr noch beschleunigten Konjunkturaufschwung. Das kommt deutlich darin zum Ausdruck, daß die Produktion der baden-württembergischen Industrie um 19% höher lag als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Eine ähnliche Steigerung zeigen die Auftragsgänge, vor allem auch das in letzter Zeit wieder sehr lebhaftes Auslandsgeschäft. Der Expansionsdrang der Wirtschaft spiegelte sich nicht zuletzt in den Anforderungen für zusätzliche Arbeitskräfte wider, die trotz der großen Zahl ausländischer Arbeitskräfte nicht erfüllt werden konnten und über 160 000 angebotene Stellen offen ließen. Bei dieser boomartigen Entwicklung blieb auch das allgemeine Preisbild nicht ohne Auftriebstendenzen, auch wenn die eigentlichen Kon-

sumgüter vorerst noch weniger davon betroffen wurden. So stellt sich die Ausgangslage dar für das zweite Halbjahr 1969.

Da die große Nachfrage nach Investitionsgütern immer noch auf eine ungebrochene Investitionsneigung der Industrie schließen läßt und die Auslandsaufträge eine beachtliche Höhe aufweisen, kann auch anhand anderer statistischer Daten, für die allernächste Zeit noch mit keiner Abflachung der Konjunktur gerechnet werden. Nach dem Ergebnis des ersten Halbjahres und der voraussichtlichen weiteren Entwicklung läßt sich vielmehr schon jetzt sagen, daß in diesem Jahr, selbst wenn gegen Ende eine Beruhigung eintreten sollte, das gute letztjährige gesamtwirtschaftliche Ergebnis noch übertroffen wird.

Der sich abzeichnenden Entwicklung hat das Bundeswirtschaftsministerium bereits Rechnung getragen, denn es hat verlauten lassen, daß nunmehr in diesem Jahr mit einem Wachstum von 10,5% gerechnet werden könne. Damit würden die ursprünglichen Erwartungen weit übertroffen. Auch für Baden-Württemberg kann nach allen bisher vorliegenden Anzeichen mit einem ähnlichen Ergebnis gerechnet werden.

Das Statistische Landesamt wird die weitere Entwicklung aller Daten und konjunkturellen Indikatoren aufmerksam verfolgen, so daß bereits im Dezember ein umfassender Jahresrückblick gegeben werden kann.

Dr. Georg Wuchter

Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg seit 1952

Die nach dem Zweiten Weltkrieg von den Besatzungsmächten geschaffenen Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern hatten sich am 25. April 1952 zum neuen Bundesland Baden-Württemberg zusammengeslossen. Am 30. April 1952 lebten im Gebiet des neugebildeten Landes nach der Bevölkerungsfortschreibung 6,616 Mill. Menschen¹. Vergleicht man mit dieser Zahl das Ergebnis der Fortschreibung zu Beginn des Jahres 1969, wonach die gegenwärtige Wohnbevölkerung Baden-Württembergs 8 713 900 Personen beträgt, so ergibt sich, daß die Einwohnerzahl des Landes in 16,5 Jahren um etwa 2,1 Mill. gestiegen ist. Das bedeutet, daß sich die Bevölkerung seit der Bildung des Landes im Jahre 1952 bis zur Gegenwart fast um ein Drittel vermehrt hat. Im Jahresdurchschnitt machte die Bevölkerungszunahme fast 2% aus.

Der Bevölkerungszuwachs, der über einen längeren Zeitraum angehalten hat, ist zweifellos als ungewöhnlich hoch zu bezeichnen. Ein Vergleich mit der früheren Entwicklung desselben Gebietes und außerdem ein Vergleich mit der Bevölkerungsentwicklung der anderen Länder in der Bundesrepublik Deutschland mögen diese Feststellung bestätigen.

Ruhigere Bevölkerungsentwicklung vor dem Krieg

Die im Jahre 1805 zum Königreich bzw. zum Großherzogtum erhobenen Staaten Württemberg und Baden umfaßten zusammen mit den 1806 souverän gewordenen beiden kleinen Fürstentümern Hohenzollern (Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen) nach einer weitgehend bis etwa 1810 durchgeführten gebietlichen Konsolidierung fast den gesamten südwestdeutschen Raum. Da sich von Beginn des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts in diesem Raum keine bedeutende Gebietsänderung ergab, andererseits aber von den Teil-

gebieten seither ausreichend zuverlässige Daten über den Stand der Bevölkerung vorliegen, bereitet es keine größeren Schwierigkeiten, für das Gebiet des heutigen Landes Baden-Württemberg den Stand und damit die Entwicklung der Bevölkerung seit 1816 anzugeben. In den Tabellen 1 und 2 sind daher die entsprechenden Angaben über den Bevölkerungsstand und die Bevölkerungsentwicklung im Gebiet des heutigen Landes Baden-Württemberg wie vergleichsweise auch im Bundesgebiet für einzelne Zeiträume von 1816 bis 1939 zusammengestellt. Ganz deutlich zeigt sich darin, daß vor dem Ersten Weltkrieg und zwischen den beiden Weltkriegen die Bevölkerungsentwicklung im Gebiet des Landes Baden-Württemberg wesentlich ruhiger als heute verlaufen ist.

In der gesamten Zeit ist die durchschnittliche Bevölkerungszunahme pro Jahr nur in drei Epochen über 0,8%, nie indessen über 0,9% hinausgegangen. Die verhältnismäßig stärkste Bevölkerungszunahme wurde in den Zeitspannen von 1816 bis 1834 (jahresdurchschnittliche Zunahme von 8,2 auf 1000 Einwohner), von 1871 bis 1880 (8,3) und von 1933 bis 1939 (9,0) verzeichnet. In einer anderen zeitlichen Zusammenfassung läßt sich die Bevölkerungsentwicklung im Gebiet Baden-Württembergs zwischen dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 und dem Ersten Weltkrieg sowie ferner

Tabelle 1 Bevölkerungstand und jährliche Bevölkerungszunahme im Gebiet des Landes Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin) 1816 bis 1939

Tag der Volkszählung	Bevölkerung				Zunahme pro Jahr gegenüber Stand vorher ¹⁾			
	Bad.-Württemberg	Bundesgebiet	Bad.-Württemberg	Bundesgebiet	Bad.-Württemberg	Bundesgebiet	Bad.-Württemberg	Bundesgebiet
	1000		1816=1000		1000		auf 1000 Einwohner	
Dez. 1816	2 472	13 595	1 000	1 000	—	—	—	—
Dez. 1834	2 862	16 018	1 158	1 178	22	135	8,2	9,1
3. 12. 1852	3 161	17 962	1 279	1 321	17	108	5,6	6,4
1. 12. 1871	3 349	19 930	1 355	1 466	10	104	3,1	5,5
1. 12. 1880	3 613	22 099	1 462	1 626	29	241	8,3	11,6
1. 12. 1900	4 107	28 192	1 661	2 074	25	305	6,5	12,3
16. 6. 1925	4 964	36 463	2 008	2 682	35	338	7,7	10,5
16. 6. 1933	5 186	38 263	2 098	2 814	28	225	5,5	6,1
17. 5. 1939	5 476	40 248	2 215	2 961	48	331	9,0	8,6

¹⁾ Zunahme gegenüber dem in der vorhergehenden Zeile aufgeführten Bevölkerungsstand.

¹ Die bevölkerungsstatistischen Feststellungen der Wohnungszählung vom 25. September 1956 führten bei allen Ländern des Bundesgebietes zu dem Ergebnis, daß die seit der Volkszählung 1950 fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen etwas überhöht und deswegen rückwirkend zu ändern waren. Da die sogenannten „rückgeschriebenen Bevölkerungszahlen“ nur für die Landessummen ohne jede regionale oder sachliche Untergliederung erstellt wurden, andererseits aber die regionale Bevölkerungsentwicklung seit dem Jahre 1952 im Raume Baden-Württembergs demnächst in einem gesonderten Beitrag untersucht werden soll, kommen in dieser Abhandlung aus Gründen der Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit — wenn nichts anderes vermerkt ist — nur die ursprünglichen Zahlen der Bevölkerungsfortschreibung zur Darstellung. Einzelheiten über die rückgeschriebene Wohnbevölkerung vgl. *Statistisches Handbuch Baden-Württemberg 1958*, S. 24.

Tabelle 2 Bevölkerungsentwicklung im Gebiet des Landes Baden-Württemberg und im Bundesgebiet (ohne Berlin) 1816 bis 1939

Zeitraum	Bevölkerungs- zunahme insgesamt		Geburten- überschuß		Zu- bzw. Ab- wanderungs- (-) überschuß	
	Baden- Würt- temberg	Bundes- gebiet	Baden- Würt- temberg	Bundes- gebiet	Baden- Würt- temberg	Bundes- gebiet
	1000		1000		1000	
1816 bis 1834	390	2 423	467	2 644	- 77	- 221
1834 bis 1852	299	1 944	529	3 033	- 230	- 1 089
1852 bis 1871	188	1 968	488	3 428	- 300	- 1 460
1871 bis 1880	264	2 169	383	2 232	- 119	- 63
1880 bis 1900	494	6 093	789	6 369	- 295	- 276
1900 bis 1925	857	8 271	1 088	7 041	- 231	1 230
1925 bis 1933	222	1 800	246	1 819	- 24	- 19
1933 bis 1939	290	1 985	232	1 668	58	- 317

zwischen den beiden Weltkriegen an den seinerzeitigen Volkszählungsergebnissen darstellen. Danach trat in der Zeit zwischen den Volkszählungen von 1871 und 1910 – bezogen auf den Bevölkerungsstand von 1871 – eine Bevölkerungszunahme von insgesamt 39 % ein, was für den gesamten Zeitraum von 39 Jahren eine Zunahmequote von 1 % pro Jahr ausmacht. Von 1910 bis 1939 betrug der Bevölkerungszuwachs 18 %, das heißt pro Jahr 0,6 %².

Der absoluten Zahl nach übertrifft die gegenwärtige durchschnittliche Jahreszunahme der Bevölkerung die Zunahme früherer Zeiträume ohnehin um ein Mehrfaches. In dem Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg betrug die Zunahme im Gebiet des heutigen Bundeslandes Baden-Württemberg jährlich rund 54 000 Einwohner und zwischen den beiden Weltkriegen etwa 40 000 Einwohner, während es seit der Gründung im Jahr 1952 bis zur Gegenwart mehr als 130 000 Einwohner waren, die das neue Bundesland im Durchschnitt jedes Jahr als Bevölkerungszunahme zu verzeichnen hatte³. Es versteht sich von selbst, daß bei der genannten Größenordnung des Bevölkerungszuwachses ein gewaltiger Einfluß auf die gesamte Entwicklung des Landes ausgegangen ist. Am sichtbarsten dürfte sich dies in der daraus erwachsenden Steigerung der Leistungskraft und der damit verbundenen Aufgabenstellung für die Allgemeinheit gezeigt haben.

Höchster Zuwachs von allen Bundesländern

Beim Vergleich der Bevölkerungsentwicklung des Landes Baden-Württemberg mit der Entwicklung in den übrigen Bundesländern kommen die beiden Komponenten der Bevölkerungsentwicklung – natürliche Bevölkerungsbewegung und

² Vgl.: Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg von 1871 bis 1961 (Zur Herausgabe des Historischen Gemeindeverzeichnisses) in *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, Heft 7/1966, S. 194 ff.

³ Vgl.: Rekord der Bevölkerungszunahme in *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, Heft 4/5/1962, S. 101 ff.

Wanderungsbewegung – in den einzelnen Ländern auf Grund unterschiedlicher Verhaltensweisen, Strukturen, äußerer Einflüsse usw. durchaus unterschiedlich zum Zuge. Besonderes Augenmerk ist bei diesem Vergleich unter allen Umständen der Komponente der Wanderungsbewegung zu widmen. Diese ist nämlich während der ersten Nachkriegszeit in den einzelnen Bundesländern in überaus unterschiedlichem Ausmaß zum Tragen gekommen.

Ein großer Teil der Menschen der deutschen Ostgebiete, die gegen Kriegsende und kurz danach als Flüchtlinge oder Vertriebene westwärts zogen, sorgte sich beim Verlassen der Heimat anfänglich nur um die Erhaltung des nackten Lebens. Beim Erreichen westlicher Gebiete begannen viele dieser Menschen sich daher sofort in Sicherheit zu fühlen. Sie ließen sich an Ort und Stelle nieder. So nahmen in der ersten Nachkriegszeit Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern weit mehr Flüchtlinge und Vertriebene auf als die anderen Länder⁴. Erst in der Folgezeit, als sich bei den Vertriebenen die persönliche Arbeit und die Sorge um die Familie zu regen und als sich das politische Leben wieder zu formen begannen, kam es auch innerhalb der Bundesrepublik zu einer mehr oder weniger gelenkten Umsiedlung von Hunderttausenden.

Sollten die hier nur angedeuteten Unterschiede der Bevölkerungsentwicklung nicht vernachlässigt werden, so ist notwendigerweise von einem Zeitpunkt auszugehen, der für alle Länder die gleiche Voraussetzung bietet. Am geeignetsten dafür erscheint der Stichtag der letzten Volkszählung vor dem Zweiten Weltkrieg, wenn auch damals die einzelnen Länder im jetzigen Umfang noch nicht bestanden und das Bundesland Baden-Württemberg sogar erst einige Jahre nach dem Krieg gegründet wurde.

In der Zeit von der Volkszählung am 17. Mai 1939 bis zum Beginn des Jahres 1969 stieg die Zahl der Bevölkerung im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) fast um 17,5 Mill., das ist eine Zunahme um gut zwei Fünftel (40,6 %). Im Gebiet des heutigen Landes Baden-Württemberg betrug der Bevölkerungszuwachs in der genannten Zeit aber ebenso wie in Schleswig-Holstein nahezu drei Fünftel (59,1 %). Der Zuwachs in diesen beiden Gebieten lag damit nicht nur deutlich über dem Bundesdurchschnitt, sondern sogar an der Spitze aller heutigen Bundesländer. Nach Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein rangieren hinsichtlich der Zuwachsrate Niedersachsen mit 55,1 % und Hessen mit 53,3 % vor Bayern mit 46,9 % und Nordrhein-Westfalen mit 42,0 %. Das Bevölkerungswachstum lag bei den übrigen Ländern unter dem Bundesdurchschnitt. So betrug, wie *Tabelle 3* zeigt, die Zunahmequote in Bremen 34,0 %, im Saarland 24,1 %, in Rheinland-Pfalz 23,1 % und in Hamburg 6,5 %, während Berlin (West) in den letzten dreißig Jahren einen Bevölkerungsverlust von 22,1 % aufzuweisen hatte.

⁴ Vgl.: Die Wanderungsbewegung Baden-Württembergs in *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, Heft 5/1969, S. 119.

Tabelle 3 Bevölkerungsentwicklung in den Ländern des Bundesgebiets 1939 bis 1969

Land	Wohnbevölkerung in 1000				Zu- bzw. Abnahme (-) 1969 gegenüber					
	17. Mai 1939 ¹⁾	13. Septem- ber 1950 ¹⁾	1. Januar 1952	1. Januar 1969	1939		1950		1952	
					1000	%	1000	%	1000	%
Schleswig-Holstein	1 589,0	2 594,6	2 469,4	2 528,7	939,7	59,1	- 65,9	- 2,5	59,3	2,4
Hamburg	1 711,9	1 605,6	1 614,3	1 822,8	110,9	6,5	217,2	13,5	208,5	12,9
Niedersachsen	4 539,7	6 797,4	6 655,4	7 039,2	2 499,5	55,1	241,8	3,6	383,8	5,8
Bremen	562,9	558,6	566,9	754,2	191,3	34,0	195,6	35,0	187,3	33,0
Nordrhein-Westfalen	11 934,4	13 196,2	13 366,0	16 950,5	5 016,1	42,0	3 754,3	28,4	3 584,5	26,8
Hessen	3 479,1	4 323,8	4 313,6	5 333,2	1 854,1	53,3	1 009,4	23,3	1 019,6	23,6
Rheinland-Pfalz	2 960,0	3 004,8	3 042,6	3 644,5	684,5	23,1	639,7	21,3	601,9	19,8
Baden-Württemberg	5 476,4	6 430,2	6 469,1	8 713,9	3 237,5	59,1	2 283,7	35,5	2 244,8	34,7
Bayern	7 084,1	9 184,5	9 099,7	10 405,6	3 321,5	46,9	1 221,1	13,3	1 305,9	14,4
Saarland	909,6	944,7 ²⁾	956,5	1 128,9	219,3	24,1	184,2	19,5	172,4	18,0
Berlin (West)	2 750,5	2 147,0	2 172,3	2 141,4	- 609,1	- 22,1	- 5,6	- 0,3	- 30,9	- 1,4
Bundesgebiet	42 997,6	50 787,3	50 726,0	60 463,0	17 465,4	40,6	9 675,7	19,1	9 737,0	19,2

¹⁾ Gebietsstand 31. 12. 1957. — ²⁾ Wohnbevölkerung am 31. 8. 1950.

Der Untersuchung der Bevölkerungsentwicklung lassen sich unter Zurückstellung der vorhin genannten Argumente auch die Ergebnisse der Volkszählung 1950 zugrunde legen. Zwischen der Volkszählung am 13. September 1950 und Beginn des Jahres 1969 ist die Bevölkerung im Gebiet der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) um 9,676 Mill. Personen oder 19,1% gewachsen. In diesem Zeitraum betrug der Bevölkerungszuwachs im Gebiet des heutigen Landes Baden-Württemberg 35,5%. Damit wurden die entsprechenden Zuwachsraten aller Bundesländer übertroffen. Dem südwestdeutschen Bundesland am nächsten kamen in diesem Zeitraum Bremen (35,0%) und Nordrhein-Westfalen (28,4%), gefolgt von Hessen (23,3%), Rheinland-Pfalz (21,3%) und Saarland (19,5%). Unter dem Bundesdurchschnitt von 19,1% lag die Bevölkerungszunahme in Hamburg (13,5%), Bayern (13,3%) und Niedersachsen (3,6%). Ein Bevölkerungsverlust trat seit 1950 in Berlin (West) (-0,3%) und in Schleswig-Holstein (-2,5%) ein.

In den ersten Jahren nach dem Kriege erfaßte die durch Flucht und Vertreibung der Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten bewirkte Zuwanderung das Gebiet des heutigen Bundeslandes Baden-Württemberg zahlenmäßig weit schwächer als die Gebiete der (späteren) Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Ursprünglich beschränkte sich in unserem Gebiet die Aufnahme von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen auf die damalige amerikanische Zone (Gebiet der heutigen Regierungsbezirke Nordbaden und Nordwürttemberg, die von den Besatzungsmächten zu dem Land Württemberg-Baden zusammengeschlossen wurden), während in der französischen Zone (Gebiet der heutigen Regierungsbezirke Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern, aus denen die Länder Baden und Württemberg-Hohenzollern entstanden) die Zuweisung von Flüchtlingen in größerem Umfang erst nach 1949 einsetzte⁵.

Nach 1950 holte dann die Entwicklung im Gebiet des Landes Baden-Württemberg die Nachkriegsentwicklung anderer Länder nicht nur in Kürze zahlen- und anteilmäßig ein, sondern überholte sie sogar im Laufe der Jahre. Diese Phase setzte zeitlich in etwa mit der Bildung des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg ein.

Zweifellos sprechen gewichtige Gründe dafür, den Vergleich der Bevölkerungsentwicklung auf einen Zeitpunkt mit gleichen Voraussetzungen für alle Länder abzustellen. Aber ange-

sichts der zuletzt geschilderten Sachlage muß der fragliche Vergleich notwendigerweise auch bei dem Jahr 1952, eben dem Gründungsjahr des neuen Bundeslandes, angesetzt werden. Gleichzeitig würde ein solcher Vergleich – allerdings nur auf dem kleinen Teilgebiet der Bevölkerungsentwicklung mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen – die Untersuchung der Frage ermöglichen, ob bei der Bildung des Landes angestrebte Ziele verwirklicht werden konnten. Soweit diese Ziele mit dem Thema der Bevölkerungsentwicklung in Verbindung stehen, soll im Rahmen der regionalen Untersuchung noch kurz auf sie eingegangen werden.

Das bevölkerungsmäßige Gewicht Baden-Württembergs hat sich seit der Gründung des Landes laufend verstärkt, weil alle Jahre hindurch ein überdurchschnittlicher Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen war. Anfang 1952 stellte das neue Bundesland rund ein Achtel (12,75%) der Bevölkerung des Bundesgebiets einschließlich Saarland und Berlin (West). Anfang des Jahres 1969 macht der Anteil Baden-Württembergs dagegen ein Siebtel (14,41%) aus. In Baden-Württemberg betrug der Bevölkerungszuwachs in der genannten Zeit 34,7%. Er liegt damit höher als die Zuwachsraten aller anderen Bundesländer⁶. Die nächsthöchsten Zuwachsquoten nach Baden-Württemberg weisen die Länder Bremen (33,0%), Nordrhein-Westfalen (26,8%) und Hessen (23,6%) auf. Rheinland-Pfalz (19,8%) bleibt noch knapp über dem Durchschnitt des Bundesgebiets von 19,2%. Hingegen erreicht in allen übrigen Ländern der Bevölkerungszuwachs in der Zeit von 1952 bis Anfang 1969 nicht den Bundesdurchschnitt. Dazu zählen Saarland (18,0%), Bayern (14,4%) und Hamburg (12,9%). Als letzte in dieser Reihenfolge erscheinen Niedersachsen (5,8%), Schleswig-Holstein (2,4%) sowie schließlich Berlin (West), das einen Bevölkerungsverlust (-1,4%) aufweist. (Vgl. auch das *Schaubild* auf der Umschlagseite.

Zeitliche Schwankungen in der Entwicklung

Die jährliche Bevölkerungszunahme betrug mit Ausnahme von 1967 mehr als 100 000 Personen. Sogar mehr als 150 000 Personen machte die Zunahme in den Jahren 1953, 1960 bis 1962 und 1965 aus, wobei im Jahr 1961 mit 180 490 Personen die höchste Jahreszunahme zu verzeichnen war. Jeweils fast 150 000 Personen wurden als Bevölkerungszunahme in den Jahren 1954 bis 1956, 1964 und 1968 festgestellt (vgl. *Tabelle 4*).

Die Schwankungen in der Höhe der jährlichen Bevölkerungszunahme sind überwiegend auf stärkere Unterschiede in den Wanderungssalden zurückzuführen, während sich bei den Geburtenüberschüssen mit Ausnahme der letzten Jahre

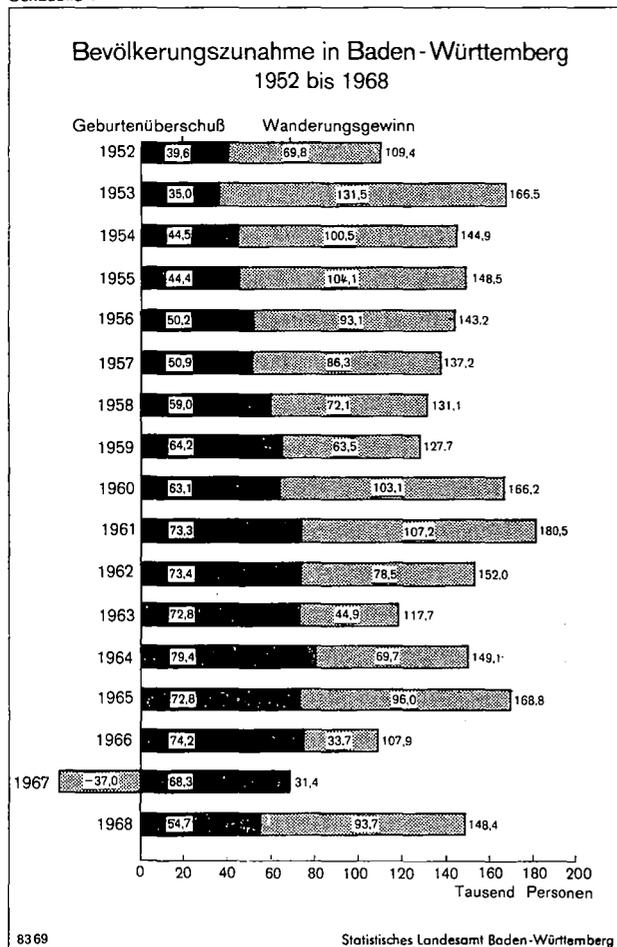
⁶ Dem Vergleich der Bevölkerungsentwicklung in den Ländern des Bundesgebiets für die Zeit seit Anfang 1952 liegen die in Fußnote 1 erwähnten rückgeschriebenen Bevölkerungszahlen zugrunde.

⁵ Vgl. hierzu die Ausführungen über die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung in den alten Ländern von *Josef Griesmeier*: Die Entwicklung der Wirtschaft und der Bevölkerung von Baden und Württemberg im 19. und 20. Jahrhundert, in *Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg*. Stuttgart 1954, S. 121 ff., insbes. S. 172 f., 220; ferner: Die Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg (erste Ergebnisse der Volkszählung vom 6. 6. 1961 mit Vergleichszahlen von 1939, 1950 und 1956) in *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, Heft 7/1962, S. 239.

Tabelle 4 Bevölkerungsbilanz 1952 bis 1968

Jahr	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburtenüberschuß	Zu- Fort-		Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	Bevölkerungszunahme	Bevölkerung am 31. Dezember
				züge	züge			
1952	108 921	69 332	39 589	517 762	448 000	+ 69 762	109 351	6 696 756
1953	110 634	75 631	35 003	622 843	491 390	+ 131 453	166 456	6 863 212
1954	114 566	70 108	44 458	659 830	559 361	+ 100 469	144 927	7 008 139
1955	118 015	73 643	44 372	670 161	566 014	+ 104 147	148 519	7 156 658
1956	125 941	75 784	50 157	677 028	583 966	+ 93 062	143 219	7 164 733 ¹⁾
1957	130 302	79 417	50 885	675 254	588 947	+ 86 307	137 192	7 301 925
1958	133 806	74 826	58 980	674 080	601 978	+ 72 102	131 082	7 433 007
1959	140 842	76 640	64 202	679 048	615 559	+ 63 489	127 691	7 560 698
1960	145 353	82 251	63 102	720 419	617 360	+ 103 059	166 161	7 726 859
1961	152 487	79 197	73 290	758 224	651 024	+ 107 200	180 490	7 838 682 ¹⁾
1962	154 047	80 640	73 407	761 452	682 903	+ 78 549	151 956	7 990 638
1963	158 750	85 975	72 775	772 631	727 709	+ 44 922	117 697	8 108 335
1964	160 988	81 615	79 373	841 733	772 044	+ 69 689	149 062	8 257 397
1965	158 742	85 941	72 801	882 502	786 498	+ 96 004	168 805	8 426 202
1966	160 802	86 600	74 202	876 007	842 305	+ 33 702	107 904	8 534 106
1967	155 617	87 276	68 341	750 898	787 860	- 36 962	31 379	8 565 471 ²⁾
1968	147 961	93 263	54 698	830 548	736 824	+ 93 724	148 422	8 713 893

¹⁾ In den Jahren 1956 und 1961 wurden die fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen auf Grund der Ergebnisse aus den Bevölkerungszählungen dieser beiden Jahre bereinigt. — ²⁾ Gebietsabtretung an die Schweiz mit Wirkung vom 20. 7. 1967 (14 Personen).



eine zwar steigende, aber doch nahezu stetige Entwicklung zeigte. Abgesehen vom Jahr 1967, in dem Baden-Württemberg einen Wanderungsverlust von fast 37 000 Personen aufwies, wurden jährlich Wanderungsgewinne für das Land festgestellt. Bei letzteren bestehen allerdings Differenzen bis zu fast 100 000 Personen. So wurde beispielsweise im Jahr 1966 ein Wanderungsgewinn von 33 700 Personen, im Jahr 1953 aber ein solcher von 131 500 Personen ermittelt. Schon anhand dieser wenigen Zahlen läßt sich klar erkennen, daß die Wanderungsbewegung in Baden-Württemberg sehr wechselhaft verlief und im Saldo der Zu- und Fortzüge damit auch zu einer ungleichmäßigen Gesamtentwicklung der Bevölkerungszahl im Lande führte.

Natürliches Wachstum weitgehend konstant

Zunächst befaßt sich die Untersuchung mit der Komponente der Bevölkerungsentwicklung, deren Einfluß auf das gesamte Wachstum der Bevölkerung verhältnismäßig konstant blieb, nämlich mit dem Geburtenüberschuß. Der Geburtenüberschuß bzw. das Geburtendefizit versteht sich in der natürlichen Bevölkerungsbewegung als rechnerischer Saldo zwischen Lebendgeburten und Sterbefällen. Überwiegt die Zahl der Geborenen, so ergibt sich ein Geburtenüberschuß, ist die Zahl der Gestorbenen größer, so spricht man von einem Geburtendefizit oder einem Sterbeüberschuß.

Vom Zeitpunkt der Bildung des Bundeslandes Baden-Württemberg an erhöhte sich die Zahl der Lebendgeburten von Jahr zu Jahr bis 1964. Im darauffolgenden Jahr nahm die Zahl zwar leicht ab, stieg aber 1966 wieder ungefähr auf die 1964 erreichte Höhe. Von 1967 ab trat dann eine auffallende Abnahme der Geburtenzahlen ein. Dieser Rückgang war recht beträchtlich: Im Jahr 1966 waren es 160 800 Lebendgeburten, dagegen 1967 nur 155 600 und 1968 knapp 148 000. An der jeweiligen Bevölkerungszahl gemessen hatte der Rückgang

der Geburtenhäufigkeit schon mehrere Jahre früher eingesetzt. Auf diese Sachlage wurde bereits im Sommer 1963 hingewiesen, als sich der seit 1953 von Jahr zu Jahr anhaltende Anstieg der Geburtenziffer 1962 nicht mehr fortsetzte. Im Jahr 1962 erhöhte sich zwar die Zahl der Lebendgeburten in Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahr, doch entsprach die Zunahme nicht dem zwischenzeitlichen Bevölkerungswachstum, so daß die auf 1000 Einwohner bezogene Geburtenziffer von 19,7 auf 19,4 abfiel. Damals wurde zum Ausdruck gebracht, daß diese Entwicklung in etwa erwartungsgemäß kam, „da die Geburtenzahl weitgehend von der Heiratsfrequenz bestimmt wird, die Eheschließungsziffer aber bereits von 1959 bis 1961 bei 9,3 je 1000 Einwohner verblieben und 1962 auf 9,2 zurückgegangen war“.⁷

Bei der Abnahme der Geburtenzahlen und bei dem schon einige Jahre vorher beobachteten Rückgang der Geburtenhäufigkeit handelt es sich um eine allgemeine Erscheinung, die sich nicht auf Baden-Württemberg beschränkt, sondern die überall im Bundesgebiet auftritt. Die Hauptursache dafür dürfte darin bestehen, daß – wie auch in dem vorhin zitierten Beitrag schon ausgeführt worden ist – die Geburtsjahrgänge, aus denen zur Zeit ein großer Teil der Eheschließenden und der gebärenden Mütter kommt, aus der Zeit vor und nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges stammen und im Vergleich zu anderen Jahrgängen außerordentlich schwach besetzt sind. So betrug beispielsweise in Baden-Württemberg die Zahl der Frauen im Alter zwischen 20 und 25 Jahren anfangs 1963 etwa 340 000, fünf Jahre später – also zu Beginn des Jahres 1968 – trotz der inzwischen erfolgten Gesamtzunahme der Einwohnerzahl um gut 7 % nur noch etwa 265 000.

Das Stagnieren bzw. Abfallen der allgemeinen, auf die Gesamtbevölkerung bezogenen Eheschließungs- und Geburtenziffern dürfte neben den bereits kurz erwähnten Besonderheiten des Altersaufbaus zu einem erheblichen Teil auch damit zu erklären sein, daß die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte, die bei der Wohnbevölkerung des Landes mitgezählt werden, in den letzten Jahren stark angestiegen ist, ohne daß bei diesem Personenkreis Eheschließungen und Geburten in Baden-Württemberg im gleichen Umfang wie bei der einheimischen Bevölkerung stattfinden. In diesem Punkt ist man allerdings nur auf allgemeine Beobachtungen angewiesen, da das dazu benötigte Zahlenmaterial weitgehend fehlt. Umgekehrt braucht in diesem Zusammenhang auch nicht besonders betont zu werden, daß die allgemeinen Eheschließungs- und Geburtenziffern für die Beurteilung der gegenwärtigen Heirats- und Geburtenhäufigkeit nicht ausreichen.

Trotz der Einschränkung, die hinsichtlich der Geburtenhäufigkeit für die letzten Jahre gilt, ist festzustellen, daß in dem Zeitraum von 1952 bis 1968 die Zahl der Lebendgeburten stärker gestiegen ist als die der Sterbefälle, mit dem Resultat, daß sich der Geburtenüberschuß laufend erhöht hat. Auf den jeweiligen Bevölkerungsbestand bezogen, hat sich die Geburtenhäufigkeit von 16,4 im Jahre 1952 bis auf 19,7 in den Jahren 1961 und 1963 gesteigert, ist dann allerdings von diesem Zeitpunkt ab zunächst langsam, anschließend aber in den beiden letzten Jahren stärker bis auf 17,1 im Jahre 1968 zurückgegangen. Die Sterblichkeit dagegen ist in dem genannten Zeitraum weitgehend konstant geblieben, sieht man davon ab, daß in einzelnen Jahren eine Grippeepidemie auftrat, die unmittelbar oder auch nur mittelbar (das heißt im Zusammenwirken mit anderen Todesursachen) die Sterblichkeit vorübergehend stark ansteigen ließ⁸. In den Jahresziffern der Sterblichkeit wirkten sich selbst solche Grippeepidemie nicht sonderlich aus, denn in den Jahren 1952 bis 1968 lag die Sterbeziffer in Baden-Württemberg durchweg bei Werten zwischen 10 und 11 je 1000 Einwohner, mit zwei geringen Ausnahmen, und zwar einmal leicht über dieser Spanne mit 11,2 (1953)

⁷ Vgl.: Die Bevölkerungsentwicklung seit der Volkszählung in *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, Heft 8/1963, S. 225.

⁸ Vgl.: Allgemeine Sterbetafel für Baden-Württemberg 1960/62 in *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, Heft 9/1965, S. 245 ff., insbes. S. 247.

und zum andern knapp darunter mit 9,9 (1964)⁹. Bei den verhältnismäßig niedrigen Sterbeziffern des Landes Baden-Württemberg wirkt sich die hohe Zahl der ausländischen Arbeitskräfte verständlicherweise umgekehrt aus wie bei den Geburtenziffern.

Zuwanderung neuerdings stark von wirtschaftlichen Faktoren bestimmt

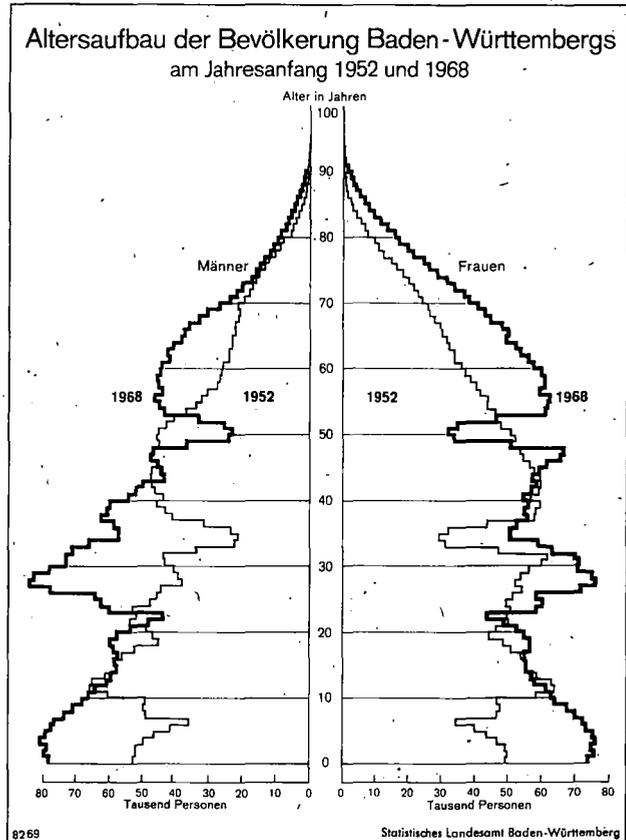
Die zweite Komponente der Bevölkerungsentwicklung ist die Wanderungsbewegung, die im Ergebnis als rechnerischer Saldo zwischen Zu- und Fortzügen entweder als Wanderungsgewinn oder als Wanderungsverlust einer Bevölkerung in Erscheinung tritt. Daß aus der Wanderungsbewegung neben der unmittelbaren Wirkung auf den Bevölkerungsstand auch mittelbare Folgen auf die Bevölkerungsentwicklung (natürliches Wachstum, strukturelle Änderungen usw.) ausgehen können, sei nur am Rande vermerkt. Wie bereits angedeutet wurde, hat nach dem Zweiten Weltkrieg gerade die Wanderungsbewegung die Bevölkerungsentwicklung in den Ländern der Bundesrepublik sehr unterschiedlich beeinflusst (vgl. auch *Schaubild 1*).

In der Untersuchung „Die Entwicklung der Wirtschaft und der Bevölkerung von Baden und Württemberg im 19. und 20. Jahrhundert“ bemerkt *Griesmeier*: „Während vordem die natürliche Bevölkerungsbewegung wie auch die Wanderungen ganz intensiv auf die Verbesserung und die Verschlechterung des Wirtschaftslebens reagierten, formten ab 1945 in viel höherem Grade andere als wirtschaftliche Tatbestände die Bevölkerungsvorgänge... Im Vergleich dazu (gemeint ist die Wanderungsbewegung) hat das natürliche Wachstum, getragen vom Überschub der Geborenen über die Gestorbenen, sehr stark an Bedeutung verloren¹⁰.“ Zweifellos hat *Griesmeier* im Jahr 1945 zu Recht festgestellt, daß nach Kriegsende in viel höherem Grade andere als wirtschaftliche Tatbestände die Bevölkerungsvorgänge formten. Gemeint sind damit vor allem politische Faktoren, denn die Bevölkerungsentwicklung der Nachkriegsjahre wurde weitgehend von den Hunderttausenden von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen bestimmt, die ihrerseits gezwungen waren, sich eine neue Bleibe zu suchen. Die damals von *Griesmeier* geäußerte Ansicht galt allerdings nur für eine beschränkte Zeitspanne. Von der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre an bestimmten in zunehmendem Maße auch wieder wirtschaftliche Faktoren die Bevölkerungsentwicklung.

Anläßlich des zehnten Jahrestages der Bildung des Landes Baden-Württemberg wurde unter anderem auf die außergewöhnliche Bevölkerungszunahme des Landes seit 1952 hingewiesen und dazu bemerkt, daß sie hauptsächlich die gleichzeitige enorme Verstärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft Baden-Württembergs ermöglicht habe. Die damit verbundene Vermehrung der menschlichen Arbeitskräfte hätte eine laufende Ausweitung des Wirtschaftspotentials erlaubt und durch dessen Ausdehnung seien wiederum neue Existenzmöglichkeiten geschaffen worden. Ausdrücklich wurde darauf abgehoben, daß die „gegenseitige Abhängigkeit von Bevölkerung und Wirtschaftswachstum“ durch die Entwicklung in Baden-Württemberg im letzten Jahrzehnt besonders eindrucksvoll bestätigt worden sei¹¹.

Zweifellos bestehen zwischen Bevölkerung und Wirtschaftswachstum gewisse Wechselwirkungen. In diesem Zusammenhang ist jedoch besonders zu betonen, daß sich beide Erscheinungen nicht unbedingt im parallelen Gleichmaß entwickeln müssen; etwa mit der Konsequenz, daß ein bestimmtes Bevölkerungswachstum automatisch ein ebenso bestimmtes

Schaubild 2



Wachstum in wirtschaftlicher Beziehung mit sich bringt. In den vergangenen Jahren hat sich in Baden-Württemberg wiederholt gezeigt, daß der stärkste wirtschaftliche Sog mehr oder weniger ins Leere geht, wenn keine freien Arbeitskräfte mehr zur Verfügung stehen und in anderen Gebieten und Bereichen vorhandene Arbeitskräfte auf materielle Anreize nicht oder nicht genügend reagieren, weil andere schon bestehende oder erwartete wirtschaftliche Vorteile, aber auch Werte und Ideale entsprechend höher eingeschätzt werden. Selbstverständlich soll dadurch lediglich in Abrede gestellt werden, daß zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum eine automatische Abhängigkeit gegeben sei. Die Feststellung, daß zwischen beiden Erscheinungen gewisse Wechselwirkungen bestehen, wird dagegen keineswegs in Zweifel gezogen.

Die andere von *Griesmeier* geäußerte Ansicht, wonach das natürliche Wachstum sehr stark an Bedeutung verloren habe, ist ohne Frage zeitlich überholt, denn heute läßt sich sagen, daß beide Komponenten des Bevölkerungswachstums, nämlich sowohl die durch Geburt und Tod bestimmte wie auch die räumliche Entwicklung, in der Nachkriegszeit annähernd zu gleichen Teilen die Bevölkerungszunahme in Baden-Württemberg bewirkt haben.

Die Jahresergebnisse der Wanderungsbewegung in Baden-Württemberg wurden in dieser Zeitschrift erst kürzlich veröffentlicht¹². Zwar befaßte sich die Untersuchung hauptsächlich mit der Entwicklung der letzten Jahre, doch wurde die Wanderungsbewegung seit der Bildung des Landes in Form eines Überblicks dargestellt. Es erübrigt sich daher, hier auf Einzelheiten einzugehen.

Deutliche Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung bei der Altersstruktur

Die Entwicklung in Baden-Württemberg seit der Bildung des Landes war nicht nur durch eine starke Bevölkerungszunahme gekennzeichnet, sondern auch durch verschiedene Änderungen, die sich im Laufe der Jahre bei der Bevölkerungs-

⁹ Zur Zeit wird an einer eingehenden Analyse über die langfristige Entwicklung der Sterblichkeit im Gebiet des Landes Baden-Württemberg gearbeitet. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen in Kürze vorgelegt werden.

¹⁰ *Josef Griesmeier*, a. a. O., S. 217.

¹¹ Vgl.: Rekord der Bevölkerungszunahme in *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, Heft 4/5/1962, S. 102. — Zur Frage der Abhängigkeit von Bevölkerung und Wirtschaftswachstum vgl. u. a. auch *Hermann Haas*: Der wirtschaftliche und soziale Umschichtungsprozeß in Oberschwaben, in *Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg*, Stuttgart 1964, S. 63.

¹² Vgl.: Die Wanderungsbewegung Baden-Württembergs in *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, Heft 5/1969, S. 118–123.

struktur ergaben. Die Geschlechterproportion der Bevölkerung, nach der Anfang des Jahres 1952 auf 1000 Männer 1152 Frauen kamen, hat sich seither nahezu stetig zugunsten des männlichen Geschlechtes verschoben, so daß sie sich bis Anfang 1969 auf 1000 : 1085 stellte. Wie *Schaubild 2* zu entnehmen ist, lag 1952 die Zahl der Männer bis zu einschließlich 24 Jahren in jeder Altersstufe höher als die der Frauen. Seit her ist diese Grenze bis zum 41. Altersjahr hinaufgerückt. In den darüberliegenden Altersjahren wird der Frauenüberschuß aber – bedingt durch die höhere durchschnittliche Lebenserwartung des weiblichen Geschlechtes – laufend größer und verstärkt teilweise noch die damit verbundenen Probleme.

Besonders deutlich werden die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung an der Altersgliederung der Bevölkerung. Nach dem Bericht, den Schubnell dem Ausschuß für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen der Beratenden Versammlung des Europarats erstattete, kann die Darstellung der gegenwärtigen Alterspyramide der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland „geradezu als eine Manifestation der Bevölkerungsgeschichte von drei Generationen“ angesehen werden¹³. Diese Aussage läßt sich zweifellos ohne jede Einschränkung auf die Verhältnisse von Baden-Württemberg übertragen.

Die Auswirkungen der säkularen demographischen Vorgänge, wozu insbesondere die Abnahme der Sterblichkeit und der Geburtenrückgang zählen, zeigen sich im Altersbaum der Bevölkerung der Bundesrepublik wie auch Baden-Württembergs ebenso wie die Ereignisse, die entscheidend die deutsche Bevölkerungsentwicklung der jetzt lebenden Menschen geprägt haben: Beide Weltkriege, die Vertreibung, Flucht und Umsiedlung von Millionen von Menschen sowie die damit in Verbindung stehende Fluktuation innerhalb der Grenzen, schließlich die wachsende Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften¹⁴. Bei den zuletzt genannten Erscheinungen, die allgemein die Wanderungsbewegung und speziell den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte betreffen, ist – wie bereits gesagt – Baden-Württemberg weit stärker beteiligt, als es dem Bundesdurchschnitt entspricht. Insofern werden die darin begründeten Auswirkungen im Altersaufbau der Bevölkerung Baden-Württembergs besonders deutlich sichtbar¹⁵.

Bei der Wanderungsbewegung sind vornehmlich Menschen im erwerbsfähigen Alter beteiligt, außerdem sind naturgemäß vor allem jüngere Menschen bei den Wandernden vertreten. In besonderem Maße war dies gerade bei den ausländischen Arbeitskräften der Fall, die im letzten Jahrzehnt in großer Zahl nach Baden-Württemberg gekommen sind. Aus diesem Grund sind gegenwärtig bestimmte Altersjahrgänge – etwa in den Altersklassen zwischen 20 und 40 Jahren – zahlenmäßig weit stärker besetzt als sie es ursprünglich waren. Zu den

¹³ Hermann Schubnell: Der Trend der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, *Akademie-Veröffentlichung* Reihe A Nr. 7 (Deutsche Akademie für Bevölkerungswissenschaft an der Universität Hamburg), Hamburg 1964, S. 14.

¹⁴ Vgl.: Hermann Schubnell, a. a. O., S. 7.

¹⁵ Nach *Flaskämper* ist jede Alterspyramide ein „Spiegelbild historischer Vorgänge“. (Paul Flaskämper, *Bevölkerungsstatistik*, Hamburg 1962, S. 156).

Tabelle 5 Bevölkerungsentwicklung 1952 bis 1968 nach Altersgruppen

Altersgruppe (von ... bis unter ... Jahre)	Wohnbevölkerung am Jahresanfang					
	1952		1968		Bevölkerungs- zunahme	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
unter 6	574 614	8,7	925 426	10,8	350 812	61,1
6 bis unter 15	968 534	14,7	1 169 200	13,7	200 666	20,7
15 bis unter 20	506 956	7,7	572 200	6,7	65 244	12,9
20 bis unter 45	2 338 325	35,5	3 021 515	35,3	683 190	29,2
45 bis unter 65	1 571 932	23,9	1 902 552	22,2	330 620	21,0
65 und mehr	627 044	9,5	974 578	11,4	347 534	55,4
Insgesamt	6 587 405	100	8 565 471	100	1 978 066	30,0
darunter						
unter 15	1 543 148	23,4	2 094 626	24,5	551 478	35,7
15 bis unter 65	4 417 213	67,1	5 496 267	64,2	1 079 054	21,4

Tabelle 6 Wohnbevölkerung am Jahresanfang 1952 und 1968 nach ausgewählten Altersgruppen

Altersgruppe	Wohnbevölkerung am Jahresanfang		
	1952	1968	1952 1968 Zahl %
Noch nicht Schulpflichtige unter 6 Jahre	574 614	925 426	8,7 10,8
Volksschulpflichtige 6 bis unter 15 Jahre	968 534	1 169 200	14,7 13,7
Berufsschulpflichtige 15 bis unter 18 Jahre	327 316	342 326	5,0 4,0
Personen im erwerbsfähigen Alter			
15 bis unter 65 Jahre	4 417 213	5 496 267	67,1 64,2
Strafmündige, 14 Jahre und darüber	5 157 348	6 583 908	78,3 76,9
Frauen im gebärfähigen Alter, 15 bis unter 45 Jahre	1 444 213	1 760 965	41,0 39,4
Vollstraffähige, 18 Jahre und darüber	4 716 941	6 128 519	71,6 71,5
Ehemündige (Frauen ab 16., Männer ab 21. Lebensjahr)	4 682 663	6 069 164	71,1 70,9
Volljährige und Wahlberechtigte, 21 Jahre und darüber	4 442 061	5 791 786	67,4 67,6
Personen im Alter von 65 Jahren und darüber	627 044	974 578	9,5 11,4
Wohnbevölkerung insgesamt	6 587 405	8 565 471	100 100

bereits bestehenden Störungen im Altersaufbau der Bevölkerung Baden-Württembergs sind in den letzten Jahren noch Verzerrungen größeren Ausmaßes hinzugekommen.

Die bereits länger bestehenden Störungen sind zum größten Teil in einer langfristigen biologischen Entwicklung begründet, die ihrerseits durch Rückgang der Sterblichkeit und Abnahme der Geburtenhäufigkeit gekennzeichnet ist. Diese Entwicklung hat zusammen mit den Auswirkungen der Kriegs- und Krisenzeiten den Altersaufbau der Bevölkerung schon im Grundbild verändert und darüber hinaus in bestimmten Altersschichten tiefe Einschnitte oder Ausbuchtungen in der sogenannten Alterspyramide bewirkt. So war nach dem Stand von Anfang 1968 beispielsweise die Zahl der 27jährigen Menschen in Baden-Württemberg fast doppelt so hoch wie die Zahl der 22jährigen und umgekehrt war die Zahl der 50 Jahre alten Einwohner ungefähr nur halb so groß wie die Zahl der 55jährigen.

Alle solche Unregelmäßigkeiten im Altersaufbau wandern künftig von Jahr zu Jahr wohl in die jeweils höhere Altersstufe, sie benötigen aber – und das wird oft nicht oder zumindest nicht genügend beachtet – zum Durchlauf der gesamten Alterspyramide einen Zeitraum von annähernd hundert Jahren. Hinzu kommt, daß sich solche durch Kriegs- und Krisenzeiten verursachten Ebbe- und Fluterscheinungen der Eheschließungs- und Geburtenhäufigkeit, die sich dann zwangsläufig in der Alterspyramide durch entsprechende Ein- oder Ausbuchtungen niederschlagen, über zwei, drei und vier Generationen noch fortsetzen, wenn auch in jeweils abgeschwächter Form (*Eilert-Sundsches Gesetz*).

Unabhängig davon, in welcher Form die Wunden, die durch Kriege und Krisen in den Altersbaum der Bevölkerung geschlagen worden sind, in entfernterer Zukunft vernarben werden¹⁶, sind sie in der Zeit des Bestehens des Landes Baden-Württemberg voll sichtbar geblieben und wirken sich weiterhin aus. Bei der unterschiedlichen Besetzung einzelner Altersjahrgänge, wie sie gegenwärtig gegeben ist, können selbst innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeitspannen im Umfang und in der Gliederung bestimmter Altersgruppen starke Änderungen eintreten. Ein Beispiel dafür aus der jüngsten Vergangenheit bilden die Schwankungen in der Zahl der Schüler und der ins Erwerbsleben tretenden Jugendlichen. Alle erwähnten Tatsachen erklären es, ja erfordern es geradezu, daß auf die Altersgliederung der Bevölkerung in Baden-Württemberg, wie sie sich zur Zeit der Gründung des Landes darstellte und sich bis heute verändert hat, eingegangen wird.

Beim Vergleich der Altersgliederung muß aus Materialgründen auf Jahresanfang 1952 und 1968 zurückgegriffen werden. In diesem sechzehn Jahre umfassenden Zeitraum ist

¹⁶ Vgl.: Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 1985 in *Statistische Monatshefte Baden-Württemberg*, Heft 6/1968, S. 152 f.

Tabelle 7

Wohnbevölkerung am Jahresanfang 1952 und 1968 nach Geschlecht und Altersgruppen

Altersgruppe (von... bis unter Jahre)	Wohnbevölkerung am Jahresanfang												Zu- bzw. Abnahme								
	1952						1968						insgesamt			männlich			weiblich		
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich		Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%			
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%			
unter 1	102 221	1,6	52 387	1,7	49 834	1,4	152 272	1,8	77 949	1,9	74 323	1,7	50 051	49,0	25 562	48,8	24 489	49,1			
1 bis unter 6	472 393	7,2	241 740	7,9	230 653	6,5	773 154	9,0	396 125	9,7	377 029	8,4	300 761	63,7	154 385	63,9	146 376	63,5			
6 bis unter 14	855 443	13,0	434 886	14,2	420 557	11,9	1056 137	12,3	540 532	13,2	515 605	11,5	200 694	23,5	105 646	24,3	95 048	22,6			
14 bis unter 15	113 091	1,7	57 519	1,9	55 572	1,6	113 063	1,3	57 405	1,4	55 658	1,2	- 28	- 0,0	- 114	- 0,2	86	0,2			
15 bis unter 18	327 316	5,0	165 826	5,4	161 490	4,6	342 326	4,0	174 766	4,3	167 560	3,7	15 010	4,6	8 940	5,4	6 070	3,8			
18 bis unter 20	179 640	2,7	91 188	3,0	88 452	2,5	229 874	2,7	117 522	2,9	112 352	2,5	50 234	28,0	26 334	28,9	23 900	27,0			
20 bis unter 25	501 607	7,6	254 185	8,3	247 422	7,0	533 234	6,2	268 242	6,6	264 992	5,9	31 627	6,3	14 057	5,5	17 570	7,1			
25 bis unter 30	478 283	7,3	208 896	6,8	269 387	7,6	739 374	8,6	387 168	9,5	352 206	7,9	261 091	54,6	178 272	85,3	82 819	30,7			
30 bis unter 35	395 185	6,0	164 000	5,4	231 185	6,6	646 169	7,5	341 103	8,3	305 066	6,8	250 984	63,5	177 103	108,0	73 881	32,0			
35 bis unter 40	437 683	6,6	185 011	6,0	252 672	7,2	569 716	6,7	298 747	7,3	270 969	6,1	132 033	30,2	113 736	61,5	18 297	7,2			
40 bis unter 45	525 567	8,0	231 962	7,6	293 605	8,3	533 022	6,2	245 202	6,0	287 820	6,4	7 455	1,4	13 240	5,7	- 5 785	- 2,0			
45 bis unter 50	500 753	7,6	232 333	7,6	268 420	7,6	481 929	5,6	202 011	4,9	279 918	6,3	- 18 824	- 3,8	- 30 322	- 13,1	11 498	4,3			
50 bis unter 55	436 109	6,6	199 573	6,5	236 536	6,7	407 328	4,8	170 329	4,2	236 999	5,3	- 28 781	- 6,6	- 29 244	- 14,7	463	0,2			
55 bis unter 60	346 034	5,3	144 333	4,7	201 701	5,7	532 274	6,2	227 923	5,6	304 351	6,8	186 240	53,8	83 590	57,9	- 102 650	50,9			
60 bis unter 65	289 036	4,4	122 221	4,0	166 815	4,7	481 021	5,6	209 954	5,1	271 067	6,1	191 985	66,4	87 733	71,8	104 252	62,5			
65 u. mehr	627 044	9,5	275 082	9,0	351 962	10,0	974 578	11,4	377 238	9,2	597 340	13,4	347 534	55,4	102 156	37,1	245 378	69,7			
Insgesamt	6587 405	100	3061 142	100	3526 263	100	8565 471	100	4092 216	100	4473 255	100	1978 066	30,0	1031 074	33,7	946 992	26,9			

die Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs laut Tabellen 5 bis 7 um 1 978 066 Personen oder um genau 30 % gewachsen. Die Zunahme der einzelnen Altersgruppen ist jedoch überaus unterschiedlich. So stieg von Anfang 1952 bis Anfang 1968 die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis zu 15 Jahren um 35,7 % und die Zahl der Menschen im Alter von 65 Jahren und darüber sogar um über die Hälfte, nämlich um 55,4 %. Demgegenüber nahm der im sogenannten erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren stehende Bevölkerungsteil in den letzten 16 Jahren vergleichsweise „nur“ um 24,4 % zu.

Teilt man die drei großen Bereiche in Untergruppen auf, zeigen sich teilweise noch größere Unterschiede. So nahm von Anfang 1952 bis Anfang 1968 beispielsweise die Zahl der Kinder unter sechs Jahren mehr als doppelt so stark wie die Gesamtbevölkerung zu, nämlich um 61,1 %, das heißt um mehr als drei Fünftel. In der großen Gruppe der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist in Baden-Württemberg zwischen Jahresanfang 1952 und Jahresanfang 1968 die Zahl der Menschen im Alter von 20 bis zu 45 Jahren wegen der gerade diesen Altersbereich treffenden hohen Wanderungsgewinne um 29,2 % gestiegen, also fast so stark wie die Gesamtbevölkerung (30,0 %), während in der Altersgruppe von 15 bis zu 20 Jahren nur eine Zunahme von 12,9 % zu verzeichnen war. Zu der letztgenannten Gruppe zählten Anfang 1952 unter anderem die verhältnismäßig stark besetzten Geburtsjahrgänge bei Beginn des Dritten Reiches, dagegen wurde Anfang 1968 diese Gruppe von den nicht gerade starken Jahrgängen der Zeit kurz nach dem Zweiten Weltkrieg gebildet.

An dieser Stelle muß noch einmal ausdrücklich an die anfangs getroffene Feststellung erinnert werden, wonach der starke Bevölkerungszuwachs der Nachkriegszeit nicht nur eine Steigerung der Leistungskraft Baden-Württembergs, sondern

auch eine Fülle neuer Aufgaben für die Allgemeinheit mit sich gebracht hat. Denn es zeigt sich bei dem überaus unterschiedlichen Zuwachs der Altersgruppen, daß viele dieser Aufgaben nicht proportional der Gesamtzunahme für Baden-Württemberg gewachsen sind, sondern entsprechend den Veränderungen der einzelnen Altersbereiche in ganz verschiedenem Ausmaß. Besonders zu berücksichtigen ist dabei die Tatsache, daß seit Bildung des Landes Baden-Württemberg der im erwerbsfähigen Alter stehende Bevölkerungsteil trotz der hohen Zuwanderung in- und ausländischer Arbeitskräfte relativ weit schwächer gewachsen ist als die Gruppe der jüngeren und älteren Menschen unter 15 und über 65 Jahre.

Die Veränderungen im Altersaufbau und die eng damit zusammenhängenden Veränderungen der Erwerbsstruktur, des Erwerbslebens usw. werfen eine Menge von Fragen auf, deren Klärung in jedem Fall eingehende Untersuchungen voraussetzt, die zweifellos den Rahmen dieses Beitrags sprengen würden. Auf die Tatsache als solche mußte jedoch an dieser Stelle hingewiesen werden. Ein Teil der erwähnten Veränderungen ist weitgehend unabhängig von dem Anwachsen der Bevölkerung eingetreten. Ebenso steht aber auch fest, daß die erhebliche Bevölkerungszunahme der vergangenen sechzehn Jahre die damit verbundenen Probleme eingeleitet und sie zum Teil sogar erheblich verstärkt hat.

In einem zweiten Abschnitt wird sich die Untersuchung der Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg seit der Bildung des Landes eingehend mit regionalen Gesichtspunkten befassen. Dabei sollen die Unterschiede in der regionalen Entwicklung, etwa nach Regierungsbezirken und Kreisen oder auch nach Gemeindegrößenklassen, Stadtregionen, Ballungsräumen usw., aufgezeigt und analysiert werden. Der zweite Teil wird im Spätjahr 1969 ebenfalls in dieser Zeitschrift veröffentlicht werden.

Dipl.-Volkswirt Paul Steinki

Studienerfolge deutscher Studierender in ausgewählten Studienfächern

— Ein methodischer Beitrag zum Problem der Berechnung von Erfolgsquoten —

Obwohl die Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen schon seit langem einer intensiven statistischen Erfassung unterliegen, gibt es über die so wichtige Frage, wie viele der Studienanfänger ihr Studium zu einem erfolgreichen Ende führen und wie viele von ihnen die Universitäten vorzeitig verlassen, keine zuverlässigen quantitativen Informationen. Es liegen über diese Tatbestände zwar eine Reihe von Untersuchungen vor, die jedoch über grobe Schätzungen kaum hinausgehen¹.

¹ Vgl. Hampe, Seybert, Schulz: „Die statistische Ermittlung der Abgänge und der Studiendauer an wissenschaftlichen Hochschulen“ in Allgemeines Statistisches Archiv, 50. Band 1966, Heft 3, S. 174 ff.

Durch die im Wintersemester 1966/67 eingeführte Hochschul-Verlaufstatistik wird künftig auch über diesen Tatbestand eine statistische Aussage möglich sein. Diese Erhebung erfaßt, wie schon die davor durchgeführte Große Hochschulstatistik, alle Studierenden mittels Individualfragebogen; durch zusätzliche Aufnahme von Identifikationsmerkmalen können jetzt jedoch auch Studienverläufe verfolgt und analysiert werden. Die Verlaufstatistik wird abgerundet durch eine individuelle Prüfungsstatistik sowie eine Statistik der Exmatrikulierten. Sowie diese beiden zusätzlichen Erhebungen in allen Bundesländern aufgenommen sind, wären die entscheidenden Voraussetzungen zur Ermittlung einer aussagefähigen Erfolgsquote geschaffen.